



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1875
Fax:	02104/99-4853
E-Mail:	cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 27.11.2017

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 23.11.2017, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Udo Switalski

Mitglieder

Dirk Brixius
Ernst Buddenberg
Jürgen Bullert
Harald Degner
Gabriele Hruschka
Ingmar Janssen
Marc Kammann
Moritz Körner
Rolf Kramer
Friedrich-Ernst Martin
Dr. Ophelia Nick
Renate Petschull
Helmut Rohden
Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom Stein
Christine Trube
Peter Werner

Verwaltung

Viola Becker
Michael Beitelsmann
Lothar Breitsprecher
Cornelia Brinkhoff
Thomas Fritsch

Nils Hanheide
Denis Heimann
Ralf Hermann
Ralf Hezel
Daniela Hitzemann
Thomas Jarzombek
Alina Klafit
Christina Moser
Torsten Schams
Marion Schulz
Stefan Senftleben
Dorothea Stangier
Sabine Wohlerit

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2017
3. Informationen der Verwaltung
4. Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters 32/016/2017
5. Aktuelle Entwicklungen im Bevölkerungsschutz 32/017/2017
6. Finanzierung der Kreisleitstelle – Aufhebung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Einrichtung und Durchführung der Aufgaben der Leitstelle des Kreises Mettmann in Verbindung mit den Aufgaben der Fernmeldezentralen der Feuer- und Rettungswachen der kreisangehörigen Städte Erkrath, Heiligenhaus, Hilden, Mettmann, Ratingen und Wülfrath vom 29.07.1997 32/020/2017
7. Notfallseelsorge – Abschluss einer Vereinbarung mit dem Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann 32/019/2017
8. Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann 32/018/2017

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 9. | Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung | 39/005/2017 |
| 10. | Sachstandsbericht zur Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt | 36/001/2017 |
| 11. | Haushalt 2018 | 20/037/2017 |
| 12. | Nachträge | |
| | Schweinehaltung im Kreis Mettmann | 39/006/2017 |
| 12.1. | hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2017 | |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 13. | Informationen der Verwaltung | |
| 14. | Weitere Anmietung des Gebäudes "Auf dem Hüls 5" über den 30.06.2018 hinaus; Prüfung von Alternativen | 23/027/2017 |
| 15. | Nachträge | |

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Switalski, eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.
 Anschließend stellt er die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.
 Die Tagesordnung wird unter Erweiterung einer mündlichen Anfrage zur CO-Pipeline, die die SPD-Fraktion im nicht öffentlichen Teil stellen möchte, festgestellt.
 Als Berichterstatter im Kreistag für die Tagesordnungspunkte 6 bis 9 wird Herr KA Kammann ernannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.05.2017

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 24.05.2017 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Keine.

**Zu Punkt 4: Ernennung eines stellvertretenden Kreisbrandmeisters
- Vorlage Nr. 32/016/2017**

Herr Hanheide weist in Ergänzung der Verwaltungsvorlage darauf hin, dass der Kandidat aufgrund anderweitiger dienstlicher Verpflichtungen nicht persönlich anwesend sein kann. An der Kreistagssitzung werde er jedoch teilnehmen.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Herr Branddirektor René Schubert wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit als Ehrenbeamter mit Wirkung zum 01.02.2018 für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Kreisbrandmeister ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 5: Aktuelle Entwicklungen im Bevölkerungsschutz
- Vorlage Nr. 32/017/2017**

Herr Schams berichtet mündlich über die Aufschaltsituation der kreisangehörigen Städte, die Realisierung einer Interimslösung für den Standort der Kreisleitstelle bis zum Neubau, die Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplans und die Warnung der Bevölkerung. Die Ausführungen werden als *Anlage 1* zur Niederschrift genommen.

Herr KA Degner spricht das Urteil zur WarnApp NINA an. Die App sei rechtswidrig, da keine Gebühren erhoben werden, was zu einer Wettbewerbsverzerrung führe.

Herr Schams teilt mit, dass dies derzeit auf Landesebene diskutiert werde. Die WarnApp NINA werde nicht verschwinden, ggf. müsse die Leitstelle jedoch alle ähnlichen Produkte, die auf dem Markt sind, bedienen.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 6: Finanzierung der Kreisleitstelle – Aufhebung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Einrichtung und Durchführung der Aufgaben der Leitstelle des Kreises Mettmann in Verbindung mit den Aufgaben der Fernmeldezentralen der Feuer- und Rettungswachen der kreisangehörigen Städte Erkrath, Heiligenhaus, Hilden, Mettmann, Ratingen und Wülfrath vom 29.07.1997
- Vorlage Nr. 32/020/2017**

Herr Hanheide erläutert, dass die Verhandlungen mit den zehn kreisangehörigen Städten über ein dauerhaftes Finanzierungsprogramm der Kreisleitstelle leider gescheitert seien. Bisher sei aufgrund eines Vorschlages der Stadt Monheim am Rhein ein alternatives Finanzierungsprogramm, bei dem die Verteilung des dem Brandschutz zuzurechnenden Kostenanteils auf Grundlage eines Einwohnerschlüssels erfolgen sollte, diskutiert worden. Voraussetzung sei jedoch ein einvernehmliches Votum aller kreisangehörigen Städte. Da die Stadt Monheim am Rhein diesem Modell nun allerdings doch nicht zustimmen wolle, gebe es kein einvernehmliches Finanzierungsmodell.

Es sei nicht vorgesehen, dass die Städte Haan und Velbert nach der Aufschaltung auf die Kreisleitstelle der bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beitreten. Daher werde

nun der zwischen den Städten Erkrath, Heiligenhaus, Hilden, Mettmann, Ratingen und Wülfrath und dem Kreis Mettmann abgestimmte Beschlussvorschlag unterbreitet.

Die Höhe des über die Leitstellenumlage zu refinanzierenden Kostenanteils des Rettungsdienstes betrage 65 %. Die übrigen Kosten verblieben nunmehr im Kreishaushalt. Daher werde unter dem Tagesordnungspunkt 12 ein entsprechender Veränderungsantrag zum Haushalt zur Abstimmung gestellt.

Frau KA Hruschka gibt zu bedenken, dass die zu fassenden Beschlüsse gewisse Unsicherheitsfaktoren hätten und regt an, noch einmal ein Gespräch mit den Bürgermeistern zu führen. Herr Hanheide erläutert, dass in diesem Bereich grundsätzlich divergierende Auffassungen bestünden. Da die Stadt Monheim am Rhein den eigenen Finanzierungsvorschlag nun wieder zurückgezogen habe, sei es schwer, eine Gesprächsbasis zu schaffen. Zudem hätten die Städte Langenfeld und Monheim am Rhein in öffentlichen Sitzungsvorlagen angekündigt, sich den in den städtischen Haushalten zu berücksichtigenden Mehraufwand für die Notrufabfrage in Langenfeld vom Kreis Mettmann erstatten zu lassen. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die Finanzierung des Kreises angegriffen werde.

Frau KA Trube kündigt an, dass sie nicht mit abstimmen werde, da es in der Fraktion noch Beratungsbedarf gebe.

Herr KA Bullert berichtet, dass die Kreistagsabgeordneten beim letzten Treffen mit den Bürgermeistern der Städte Langenfeld und Monheim in der Langenfelder Feuerwache darauf hingewiesen hätten, dass eine Einigung zwischen den Städten, dem Kreis Mettmann und der Bezirksregierung erzielt werden müsse. Die Lage sei jedoch derart verhärtet, dass die beiden Bürgermeister entschlossen seien, den Rechtsweg zu beschreiten.

Herr KA Janssen betont, dass eine Einigung gewünscht sei und der Kreis Mettmann sich bisher sehr gesprächsbereit gezeigt habe. Dies solle auch weiterhin so bleiben. Eine alternative Lösung sehe er nun aber nicht mehr, weshalb die SPD-Fraktion zustimmen werde.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Errichtung und Durchführung der Aufgaben der Leitstelle des Kreises Mettmann in Verbindung mit den Aufgaben der Fernmeldezentralen der Feuer- und Rettungswachen der kreisangehörigen Städte Erkrath, Heiligenhaus, Hilden, Mettmann, Ratingen und Wülfrath vom 29.07.1997 in der seit dem 01.10.2014 geltenden Fassung (Anlage der Vorlage) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (bei Nichtbeteiligung der Fraktion DIE LINKE.)

Zu Punkt 7:	Notfallseelsorge – Abschluss einer Vereinbarung mit dem Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann - Vorlage Nr. 32/019/2017
--------------------	---

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die der Vorlage als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Sicherstellung der Notfallseelsorge zwischen dem Kreis Mettmann und dem Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann abzuschließen.

Der Beschluss des Kreisausschusses vom 16.12.2002 (Vorlage Nr. 96/2002 KA) über die bisherige Gewährung eines jährlichen Betriebskostenzuschusses für die Notfallseelsorge in Höhe von bis zu 10.000 Euro wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 32/018/2017

Herr Hanheide führt aus, dass der Großteil der Kostensteigerung durch die Auflösung eines Sonderpostens abgefangen werden könne, weshalb die Gebührensteigerung moderat sei. Die Gebührenkalkulation sei das Ergebnis der mit den Kostenträgern abgestimmten Ausschreibung.

Im Weiteren weist Herr Hanheide darauf hin, dass die Satzung grundsätzlich im anzustrebenden Einvernehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen zu erlassen sei. Das Einvernehmen der Landesverbände der Krankenkassen sei jedoch noch nicht in Aussicht gestellt worden, da die Krankenkassen die Kosten der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst in der veranschlagten Höhe nicht anerkennen. Das fehlende Einvernehmen sei jedoch nicht hinderlich.

Beschlussvorschlagvorschlag für den Kreistag:

1. Den Gebühren in Höhe von

- 366,- € für den Einsatz eines Notarztes/ einer Notärztin,
- 366,- € für den Einsatz eines Notarztes/ einer Notärztin bei der Verlegung eines Notfallpatienten/ einer Notfallpatientin und
- 205,- € für den Einsatz eines Notarzteinsatzfahrzeuges

wird unter Berücksichtigung der zu Grunde liegenden Gebührenkalkulation (Anlage 1 der Vorlage) zugestimmt.

2. Die 11. Satzung zur Änderung der Satzung für das Notarztsystem des Kreises Mettmann in der Fassung der Anlage 2 der Vorlage wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung - Vorlage Nr. 39/005/2017
--

Herr Hanheide teilt mit, dass die Gebührensätze regelmäßig überprüft werden müssen und entsprechend neu berechnet wurden.

Auf Nachfrage von Herrn KA Degner erläutert Herr Hanheide, dass die Gebühren aufgrund der europäischen Rechtsgrundlagen weder direkt noch indirekt erstattet werden.

Frau KA Trube bittet um Erklärung der Ausführungen, dass die Stückvergütung für den amtlichen Fachassistenten um ca. 15 % gestiegen ist. Herr Senftleben führt aus, dass diese Steigerung durch die übliche Personalkostensteigerung bedingt sei.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Dritte Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises Mettmann über die Erhebung von Gebühren für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung vom 15.01.2010 (Anlage 1 der Vorlage) wird unter Berücksichtigung der zugrunde liegenden Gebührenbedarfsberechnung (Anlagen 2 und 3 der Vorlage) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10:	Sachstandsbericht zur Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt - Vorlage Nr. 36/001/2017
---------------------	--

Herr KA Degner weist darauf hin, dass die Kennzahlen, die sich auf die Außenstelle Langenfeld beziehen, differenziert ausgewiesen werden sollten.
Herr Hanheide sagt zu, dass dies geprüft und ggf. im kommenden Jahr berücksichtigt werde.

Der Sachstandsbericht über die Kennzahlenentwicklung im Straßenverkehrsamt wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 11:	Haushalt 2018 - Vorlage Nr. 20/037/2017
---------------------	--

Herr KA Switalski ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte auf. Die Anträge der Verwaltung stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und den Kreistag an.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte 01.11.01 (Rechtsberatung und –vertretung), 02.01.01 (Wahlen), 02.02.01 (Ordnungsangelegenheiten), 02.02.02 (Personenstands-, Namens- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten), 02.02.03 (Bußgeldstelle), 02.03.01 (Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten), 02.04.01 (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung), 02.04.02 (Chemische- und Lebensmitteluntersuchungen), 02.04.03 (Veterinärwesen), 02.05.01 (Verkehrssicherheit), 02.05.02 (Fahr- und Beförderungserlaubnisse), 02.05.03 (Zulassungsangelegenheiten), 02.06.01 (Feuerschutz), 02.06.02 (Leitstelle), 02.07.01 (Allgemeiner Rettungsdienst), 02.07.02 (Notarztversorgung), 02.08.01 (Katastrophenschutz), 02.08.02 (Aufgaben zur Krisenbewältigung) werden einstimmig angenommen.

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)
Produkte 01.11.01 bis 02.08.02

Produkt 02.03.01

Antrag der Verwaltung

Leistungsdaten und Kennzahlen

Abschaffung der Kennzahlen:

1. Antragsbearbeitung bei anerkannten Flüchtlingen (in %)
2. Anschreiben vor Ablauf der Aufenthaltserlaubnis

Neueinführung der Kennzahl:

3. Wartezeit bei terminierten Kunden max. 15 Minuten (in %)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.04.03

Antrag der Verwaltung

Seite 550 Zeile 4 im Ergebnisplan

Zeile 4	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
HH-Ansatz in €	99.000	99.000	99.000	99.000				
Ansatz (neu) in €	94.500	94.500	94.500	94.500				
Differenz in €	-4.500	-4.500	-4.500	-4.500				

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02

Antrag der Verwaltung

Seite 610 Zeile 6, 13 im Ergebnisplan

Zeile 6	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
HH-Ansatz in €	3.479.000	3.663.950	3.709.600	3.750.400				
Ansatz (neu) in €	2.580.300	2.712.000	2.728.300	2.744.800				
Differenz in €	-898.700	-951.950	-981.300	-1.005.600				

Zeile 13	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
HH-Ansatz in €	1.243.550	1.161.500	1.159.200	1.159.200				
Ansatz (neu) in €	1.155.650	1.073.600	1.071.300	1.071.300				
Differenz in €	-87.900	-87.900	-87.900	-87.900				

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02

Antrag der Verwaltung

Seite 612 Zeile 26 im Finanzplan

Zeile 26	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
HH-Ansatz in €					753.000	390.000	3.274.200	355.000
Ansatz (neu) in €					861.600	390.000	2.770.650	355.000
Differenz in €					108.600		-503.550	

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02

Anfrage der CDU-Fraktion

Die Anfrage der CDU-Fraktion zu der Bereitschaftsdienstnummer 116117 wird mündlich wie folgt beantwortet:

Bei in der Kreisleitstelle eingehenden Notrufen gehört es zu den wesentlichen Aufgaben der Disponenten, im Rahmen eines strukturierten Notrufdialogs zu erkennen, ob die Entsendung eines Rettungsmittels angesichts der begrenzten Ressourcen und drohender Paralleleinsätze erforderlich ist. Wird dies angesichts der maßgeblichen Parameter verneint, wird zu den relevanten Zeiten stets unter Angabe der Rufnummer auf den ärztlichen Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigungen verwiesen.

Es bestehen keine Bedenken, diese Rufnummer auf der Homepage des Kreises Mettmann zu veröffentlichen, da sie auch durch die kassenärztlichen Vereinigungen im Internet beworben wird. Vermutlich wird im Zweifelsfall allerdings trotzdem die Notrufnummer 112 der Kreisleitstelle gewählt, was angesichts anzustrebender kurzer Interventionszeiträume im Interesse der Betroffenen auch unbedingt zu empfehlen ist.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

Produkt 02.08.01

Antrag der Verwaltung

Seite 644 Zeile 16 im Ergebnisplan

Zeile 16	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
HH-Ansatz in €	44.300	44.300	44.300	44.300				
Ansatz (neu) in €	79.300	79.300	79.300	79.300				
Differenz in €	35.000	35.000	35.000	35.000				

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

GESAMTABSTIMMUNG:

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2018 – soweit er in seine Zuständigkeit fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, den Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 12: Nachträge

Zusätzlich zu der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2017 gibt es keine weiteren Nachträge.

**Zu Punkt 12.1: Schweinehaltung im Kreis Mettmann
hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.11.2017
- Vorlage Nr. 39/006/2017**

Herr Hanheide beantwortet die Anfrage mündlich. Die Ausführungen werden als *Anlage 2* zur Niederschrift genommen.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung wird um 16:01 hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:17 Uhr

gez.
Udo Switalski

gez.
Cornelia Brinkhoff